

KOMMENTAR



Stefan Vetter
PZ-Mitarbeiter, zu:

Verkürzung des Wehrdienstes wird vorgezogen

Die meisten der betroffenen jungen Männer werden nicht traurig sein: Wenn sie im Herbst ihren Grundwehrdienst antreten, brauchen sie die Uniform nur noch ein halbes Jahr zu tragen. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat die geplante Verkürzung des Wehrdienstes überraschend vorgezogen.

Schnellschuss

Politisch ist diese Eile jedoch unangebracht, zumal eine grundlegende Frage noch gar nicht beantwortet ist: Welche sicherheitspolitische Strategie soll der verkürzten Wehrpflicht eigentlich zugrunde liegen? Dazu schweigt sich Guttenberg bis heute aus. Das fördert nicht gerade das politische Vertrauen in der Truppe. Die Ausbildung der Rekruten dauert heute drei Monate. Anschließend tun sie ihren Dienst in den jeweiligen Teilstreitkräften. Ob dieser Dienst immer sinnvoll ist, wenn sich die Ausbildung nach Guttenbergs Willen auf zwei Monate verkürzt, muss nach Lage der Dinge bezweifelt werden. In der Schreibstube mag das noch angehen. Bei hoch spezialisierten Tätigkeiten etwa in Luftwaffe und Marine sieht die Sache schon anders aus. Sie verlangen Kenntnisse, die durch den verkürzten Wehrdienst kaum noch gewährleistet sein dürften. Viele Militärs argumentieren deshalb, dass man die Wehrpflicht auch gleich abschaffen könne, wenn von ihr nur noch die Hülle bleibt. Und damit haben sie nicht Unrecht. Nur Guttenberg geht dieser Diskussion bislang aus dem Wege. Stattdessen pflegt er den politischen Schnellschuss und riskiert damit auch, den Zivildienst in Schwierigkeiten zu bringen. Dessen Dauer hängt bekanntlich von der des Grundwehrdienstes ab. Der Lack am anfänglich hoch gelobten Verteidigungsminister ist merklich stumpf geworden.



Mit Leidenschaft: Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer gestrigen Rede im Bundestag.

Foto: Jensen

Angela Merkel taucht auf

Im Bundestag ist die Kanzlerin ungewohnt engagiert – Fraktionschef leistet sich peinlichen Lapsus

BERLIN. „Zerrüttete Ehe“ oder „handlungsfähiges“ Bündnis? Beim gestrigen Schlagabtausch im Bundestag hat die Opposition Schwarz-Gelb Versagen vorgeworfen. Die Kanzlerin sieht Deutschland vor einer Herkulesaufgabe.

PZ-KORRESPONDENT
HAGEN STRAUSS

Der Satz des Tages kommt von Volker Kauder. Und er stellt damit all das in den Schatten, was Kanzlerin Angela Merkel deutlich engagierter als sonst vorgetragen hat: „Was Schwarz-Gelb macht, was Schwarz-Gelb will, das weiß ich auch nicht“, beginnt der Unionsfraktionschef seine Rede zur Haushalts-Generaldebatte im Bundestag. Großes Gelächter bei der Opposition. So heiter turbulent wird die Sitzung, dass Kauder kaum mehr das sagen kann, was er eigentlich noch sagen wollte: „Ich weiß aber, was die christlich-liberale Koalition will“, schiebt er gegen das

lautstarke Gejohle hinterher. Hören will das keiner mehr.

Was für ein Lapsus, ausgerechnet vom Politprofi Kauder. Mag sein, dass es daran gelegen hat, dass er zu den wenigen im Parlament gehört, die ohne Manuskript sprechen. Aber seinen Kollegen bei Union und FDP sieht man an, wie sie nach diesem Satz innerlich zusammenbrechen. Dabei hatte doch alles ganz gut begonnen für die Koalitionäre.

„Wo ist Merkel?“ war in den vergangenen Wochen ketzerisch gefragt worden, als Schwarz-Gelb nur durch Streit um Steuern, Hotels oder Gesundheit auffiel; als es in der Republik zur Sache ging wegen der angeblich spätromischen Dekadenz von Arbeitslosen und einer merkwürdigen Reisepraxis ihres Außenministers Guido Westerwelle (FDP). Merkel schien wie im Ungefahren des Kanzleramtes versteckt, nur zaghaft meldete sie sich zu Wort. Auf der Regierungsbank ist zu Beginn der Debatte, als SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier ordentlich loskeilt, zu beobachten: Die Kanzlerin hat sich etwas vorgenommen, sie will

wieder auftauchen. Und immer wieder klappt sie ihre dunkle Mappe auf, um an ihrer Rede etwas zu verändern.

Sie beginnt mit einem Angriff auf die SPD, was schon selten genug vorkommt: Die Opposition könne dem gesellschaftlichen Klima im Lande einen Dienst erweisen, wenn sie den Bundespräsidenten mehr respektieren würde, stichelt sie. Horst Köhler



„Was Schwarz-Gelb macht, was Schwarz-Gelb will, das weiß ich auch nicht...“

Volker Kauder,
CDU/CSU-Fraktionschef

war von der SPD scharf attackiert worden, weil er sich in der Sozialstaatsdebatte nicht zu Wort gemeldet hatte. Dann folgt die Bestandsaufnahme, warum der Etat 2010 mit 80 Milliarden Euro Rekordschulden so ist wie er ist: Die Krise sei Schuld, der Einbruch der Realwirtschaft habe gedämpft werden müssen. Die Regierung stehe nun vor einer „Herkulesaufgabe“: Haushaltskonsolidierung und Wachstum müssten miteinander vereinbart werden.

„Erbärmlicher Zustand“

Für die bissige Opposition bietet ihre Rede viel zu wenig. „Sie stehen vor den Trümmern einer zerrütteten Ehe“, schimpft Steinmeier. Die Koalition habe keine gemeinsame Idee. Die Bundesregierung befinde sich insgesamt „in einem erbärmlichen Zustand“, ätzt der Linke Gregor Gysi. Und Renate Künast ruft Merkel zu: „Das ganze Durcheinander in der Bundesregierung haben Sie zu verantworten!“ Nur, keiner spielt an diesem Tag so schön Opposition wie er: Volker Kauder. Wenn auch unabsichtlich.

Pauschale steht zur Debatte

Gesundheits-Kommission nimmt ihre Arbeit auf

BERLIN. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) hat sich nach der ersten Sitzung der Gesundheitskommission zur Gesundheitsreform zufrieden gezeigt. Alle zögen „an einem Strang“, sagte Rösler gestern nach der konstituierenden Sitzung des Gremiums in Berlin. Man habe einen „klaren Auftrag“. Eine Reform könne nur funktionieren, wenn es einen sozialen Ausgleich gebe.

Opposition, Gewerkschaften und auch der Koalitionspartner CSU leh-

nen den von Rösler geplanten pauschalen, einkommensunabhängigen Krankenkassenbeitrag – die sogenannte Kopfpauschale – ab. Von CSU-Seite ist Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner in der Regierungskommission „zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung des Gesundheitswesens“ vertreten. Vor dem Berliner Tagungsort protestierten gestern rund 50 Demonstranten unter dem Motto „Kopfpauschale stoppen“.

Düstere Prognose für ostdeutsche Renten

BERLIN. Viele Renten in Ostdeutschland werden nach einer Studie bald deutlich sinken. Für Westdeutschland sei dagegen mit relativ stabilen Rentenzahlungen zu rechnen, so das Fazit der Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die gestern in Berlin vorgestellt wurde. Im Osten drohe als Folge häufiger Altersarmut. Die Politik könne dem entgegenwirken, indem sie sozialversicherungspflich-

tige Beschäftigung stärke und die Lebensarbeitszeit verlängere. Im Osten werde für einen Großteil derjenigen, die ab Ende der 2020er Jahre in Rente gehen, die gesetzliche Rente nahe oder unter der Grundversicherung von 600 Euro liegen. Hauptgrund: anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Verbindung mit Senkung des Rentenniveaus. Insbesondere für gering Qualifizierte werde es sehr viel schwieriger.

POLITIK JOURNAL

Zehn Menschen getötet

ISLAMABAD. Bei einem neuen US-Luftangriff im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan sind mindestens zehn Menschen ums Leben gekommen. Wie gestern aus pakistanischen Sicherheitskreisen verlautete, zerstörten die von einem unbemannten Flugzeug abgefeuerten Raketen mehrere Fahrzeuge. dpa

Eta tötet Polizisten

PARIS/MADRID. Bei einem Schusswechsel mit mutmaßlichen Terroristen der Eta ist nahe Paris ein französischer Polizist getötet worden. Der Beamte und ein Kollege hätten drei mutmaßliche Mitglieder der baskischen Untergrundorganisation bei dem Versuch überrascht, in einem Autohaus einen Wagen zu stehlen, so die Polizei. dpa

Überfall auf Dorf

NAIROBI/ABUJA. Bei einem Überfall auf ein christliches Dorf in der Nähe der Stadt Jos sind mindestens elf Menschen getötet worden. Nach Medienberichten hatten sich die Täter als Soldaten verkleidet und die Einwohner angegriffen. dpa

POST AUS BERLIN

Ein Schutzschirm für Arbeitnehmer



Anfang März hat der Bundestag das „Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz“ beschlossen. Es sorgt wie ein „Schutzschirm für Arbeitnehmer“ dafür, dass die Lücken, die die Wirtschaftskrise in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gerissen hat, ausgeglichen werden. Denn ein ansonsten drohender Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge hätte negative Auswirkungen auf die Binnennachfrage und würde den Aufschwung verzögern. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition beschlossen, die krisenbedingten Einnahmeausfälle in der Sozialversicherung einmalig mit Steuermitteln abzufedern. Für die Arbeitslosenversicherung werden hierfür 12,8 Milliarden Euro und für die gesetzliche Krankenversicherung zusätzlich 3,9 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Wir lassen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Wirtschaftskrise nicht im Stich. In der Vergangenheit mussten bereits Schutzschirme über Banken und Unternehmen ge-

spannt werden. Es wäre aber fatal, wenn die Menschen den Eindruck hätten, nur den Banken und Unternehmen würde mit Steuermitteln geholfen. Das Gegenteil ist der Fall: Wohlstand und Wirtschaftswachstum sind nur mit motivierten und leistungswilligen Bürgern möglich. Zudem setzt die Koalition eine Verabredung aus dem Koalitionsvertrag um: Das Hartz-IV-Schönvermögen wird verdreifacht, indem die Freibeträge von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr angehoben werden. Ein 50-jähriger hat also beispielsweise – neben einem eventuell bestehenden Riester-Vertrag – einen Freibetrag von 37500 Euro. Wer während seiner Berufstätigkeit für das Alter vorsorgt, soll in der Arbeitslosigkeit nicht alle Rücklagen



Gunther Krichbaum
CDU-Abgeordneter

„Wachstum ist nur mit motivierten Bürgern möglich“

Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neuorganisation eröffnet jetzt die Chance, allen Kommunen die eigenständige Betreuung zu ermöglichen, die dies wünschen. Auch der Pforzheimer Oberbürgermeister Gert Hager und der Landrat des Enzkreises Karl Röckinger haben mich schon mehrfach gebeten, in Berlin hierfür einzutreten. Das habe ich stets mit voller Überzeugung getan. Die Kommunen sind näher an den Menschen und können ihnen direktere Hilfen zukommen

lassen. Allerdings brauchen wir hierfür eine Änderung des Grundgesetzes und damit eine Zustimmung der SPD. Ich bin sehr gespannt, ob die SPD dem dringenden Anliegen der Kommunen und unseres Oberbürgermeisters nachkommen wird, nachdem sie in der letzten Wahlperiode erbitterten Widerstand geleistet hat.

Gestern Morgen nahm ich am regelmäßigen Abgeordnetenfrühstück des Rates der Evangelischen Kirche teil, bei dem sich auch der amtierende Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider in seiner neuen Funktion vorstellte. Diese Treffen sind mir sehr wichtig, um die Ansicht der Kirche zu den Fragen unserer Zeit zu hören. Präses Schneider habe ich für sein Amt viel Erfolg und Gottes Segen gewünscht.

In dieser Kolumne berichten die fünf Pforzheimer Bundestagsabgeordneten im wöchentlichen Wechsel von ihrer Arbeit. Haben Sie Fragen? Gunther Krichbaum ist per E-Mail zu erreichen unter gunther.krichbaum@bundestag.de

WORTLAUT

„Ich möchte jetzt meine Schlaglöcher hier im Ruhrgebiet repariert bekommen.“

Thomas Hunsteger-Petermann, Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU, über den Solidarpakt Ost. Arme Kommunen in Nordrhein-Westfalen wollten sich nicht länger für die Folgekosten der deutschen Einheit verschulden.

Sparkurs von Berlin gefordert

BRÜSSEL. Der Sparkurs der Bundesregierung reicht Brüssel nicht aus: Die EU-Kommission hat Deutschland zu härteren Spar-Anstrengungen aufgefordert, um den wachsenden Schuldenberg abzubauen. Die Haushaltsstrategie reiche nicht aus, um den Schuldenstand zu senken. Es sei nicht sichergestellt, dass die Neuverschuldung wie geplant bis 2013 wieder unter die Grenze des Stabilitätspaktes von drei Prozent sinken werde. Die Kommission sieht beim Abbau Risiken, unter anderem wegen der geplanten Steuererhöhungen in Deutschland. Die Regierung gehe von zu optimistischen Annahmen aus, verlaute aus der Behörde. „Deutschland wird aufgefordert, die Haushaltsstrategie mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen und die neue Schuldenregel einzuhalten“, schreibt die Kommission. dpa

Regelung lässt auf sich warten

STUTTGART. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat die von der Union geforderte Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung bis zur parlamentarischen Sommerpause ausgeschlossen. Das zu erwarten, wäre „vollkommen utopisch“, bekräftigte die FDP-Politikerin. „So funktionieren seriöse Gesetzgebung nicht.“ Der Bundes-Datenschutzbeauftragte Peter Schaar forderte einen generellen Verzicht auf die Vorratsdatenspeicherung, also die vorsorgliche Speicherung aller Verbindungsdaten von Telefongesprächen und Internetnutzungen für sechs Monate. Die Datenschützer beraten seit gestern in Stuttgart auch über Konsequenzen aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Vorratsdatenspeicherung, wonach diese verfassungswidrig ist. dpa

Arktis-Rohstoffe beansprucht

MOSKAU. Kremlechef Dmitri Medwedew hat den Anspruch Russlands auf Teile der gewaltigen Rohstoffvorkommen in der Arktis bekräftigt. Die „aktiven Versuche“ anderer Arktis-Anrainerstaaten, sogar „mit militärischer Präsenz“ Russland den Zugang einzuschränken, seien „unzulässig und ungerecht“. Das sagte Medwedew gestern nach Angaben der Agentur Itar-Tass in Moskau. Russland beansprucht einen 1,2 Millionen Quadratkilometer großen Teil der Arktis einschließlich des Nordpols. Dies wird damit begründet, dass der Festlandsockel unter dem Eismeer die Fortsetzung der eurasischen Landmasse ist. Medwedew sagte, er rechne mit einer deutlichen Verschärfung der Rivalität um die Rohstoffvorkommen der Arktis. dpa

Iran gibt sich Gesprächsbereit

TEHERAN. Der Iran hat einen neuen Anlauf für einen Atomkompromiss mit der Weltgemeinschaft genommen. Teheran sei bereit, sein schwach angereichertes Uran in einer Fuhre zur höheren Anreicherung ins Ausland zu bringen. Den Atom-Deal hatte die Internationale Atomenergiebehörde ausgearbeitet. Danach sollte der Iran sein Uran nicht selbst höher anreichern, sondern dies kontrolliert in Frankreich und Russland machen lassen. dpa